

AS

Haushalts- und Finanzausschuß

Protokoll

9. Sitzung (nicht öffentlich)

21. Februar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 bis 14.35 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dautzenberg (CDU)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Verschiedenes

Seite

3, 39

Der Ausschuß befaßt sich zu Beginn der Sitzung auf Antrag der GRÜNEN mit dem Thema "Verwendung der Erlöse aus dem Milchquotenverkauf". Am Schluß der Sitzung behandelt er im wesentlichen Terminfragen insbesondere im Zusammenhang mit der erwarteten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf 1991.

Seite

- 2 **Über- und außerplanmäßige Ausgaben mit Beträgen von 10.000,- DM und darüber im 3. Quartal des Haushaltsjahres 1990** 8, 30

hier: Genehmigung nach Artikel 85 Abs. 2 LV in Verbindung mit § 37 Abs. 4 LHO

Antrag des Finanzministers
Vorlage 11/246

Der Antrag in der Vorlage 11/246 wird nach eingehender Erörterung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung von F.D.P. und GRÜNEN angenommen. Als Berichterstatter wird Abgeordneter Henning (SPD) benannt.

Zum zukünftigen Verfahren beantragt die CDU-Fraktion, in den Quartalsmeldungen auch die Mehrausgaben, die über die Verstärkungsfonds gedeckt werden, in einer Anlage auszuweisen. Dieser Antrag wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen abgelehnt.

- 3 **Veräußerung der Drachenburg in Königswinter** 9

hier: Einwilligung des Landtags gem. § 64 Abs. 2 LHO

Antrag des Finanzministers
Vorlage 11/268

Der Ausschuß stimmt dem Antrag des Finanzministers bei Enthaltung der F.D.P. einstimmig zu und bestimmt Abgeordneten Riscop (CDU) zum Berichterstatter.

Haushalts- und Finanzausschuß
9. Sitzung

21.02.1991
sr-ma

Seite

4 Ausstieg aus der Verwendung und Produktion von PVC

11

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/808
Zuschriften 11/318, 11/337, 11/387, 11/396

Auf Antrag des Abgeordneten Busch (GRÜNE) vertagt der Ausschuß die Beratung und Beschlußfassung über den Antrag auf einen Termin nach einer vom Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung zu dem Thema vereinbarten Anhörung.

5 Hilfsfonds deutscher Länder

12

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/980 (Neudruck)

Der Ausschuß stellt die Beschlußfassung und Beratung über den Antrag auf einen Termin nach den Haushaltsberatungen zurück.

6 Einrichtung von zwei Leerstellen gemäß § 7 Abs. 5 und § 13 Haushaltsgesetz 1990

12

Antrag des Finanzministers
Vorlage 11/287

Seite

Der Ausschuß stimmt dem Antrag des Finanzministers Vorlage 11/287 unter Berücksichtigung des Votums des Unterausschusses "Personal" Vorlage 11/362 einstimmig zu.

7 Stellenausstattung des Fluggastkontrolldienstes

13

Antrag des Finanzministers
Vorlage 11/303

Entsprechend den Empfehlungen des Unterausschusses "Personal" in der Vorlage 11/362 nimmt der Ausschuß den Antrag des Finanzministers Vorlage 11/303 einstimmig an. Er spricht sich einvernehmlich dafür aus, wieder eine Arbeitsgruppe "Fluggastkontrolle" mit Mitgliedern des Verkehrsausschusses einzurichten.

8. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung

20, 22

**hier: Bestandsaufnahme über die Praxis der Ermittlung des Personalbedarfs in der Landesverwaltung
- Ermittlung des Lehrerbedarfs -**

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof
Vorlage 11/103
Vorlage 11/334

Seite

Der Ausschuß nimmt mit den Stimmen von SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung von CDU und GRÜNEN folgenden Beschlußvorschlag der SPD-Fraktion an:

"Der Landtag nimmt die Bestandsaufnahme des Landesrechnungshofs über die Praxis der Ermittlung des Personalbedarfs in der Landesverwaltung - Ermittlung des Lehrerbedarfs - zur Kenntnis.

Er bittet die Landesregierung, die Überlegungen und Anregungen des Landesrechnungshofs und des zuständigen Fachausschusses in die anstehenden Beratungen über Reformkonzepte zum Lehrerbedarf einzubeziehen."

Die von der CDU-Fraktion beantragte Anfügung eines dritten Absatzes (siehe Diskussionsteil dieses Protokolls, Seite 25) wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der GRÜNEN abgelehnt.

9 SOS - Sonderschulen und Grundschulen in Not!

20, 25

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/807

Nach kurzer Aussprache wird die abschließende formale Behandlung des Antrags auf eine Sitzung nach den Haushaltsberatungen vertagt. Dabei besteht Einvernehmen darüber, daß der Antrag inhaltlich im Rahmen der Haushaltsberatungen behandelt wird.

Haushalts- und Finanzausschuß
9. Sitzung

21.02.1991
sr-ma

Seite

10 Maßnahmen gegen den Lehrerinnen- und Lehrer-Mangel

20, 27

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/806

Siehe Ergebnis zu Tagesordnungspunkt 9.

**11 Beteiligung der Fachausschüsse des Landtags in
EG-Angelegenheiten**

28

**hier: Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über das
allgemeine Verbrauchsteuersystem sowie über den
Besitz und die Beförderung verbrauchsteuerpflich-
tiger Waren**

Bundratsdrucksache 854/90
EG-Vorlage 11/21

Auf Anregung des Finanzministeriums wird die Behandlung
auf eine Sitzung nach den Haushaltsberatungen vertagt, weil
die Erörterungen auf Bundesebene noch keinen Abschluß ge-
funden haben.

Haushalts- und Finanzausschuß
9. Sitzung

21.02.1991
sr-ma

	<u>Seite</u>
12 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)	37

Drucksachen 11/800, 11/801

- a) Einzelplan 12 - Finanzministerium
Vorlage 11/267
- b) Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung
Vorlage 11/247
- c) Haushaltsgesetz
Vorlage 11/266

In einem zweiten Beratungsdurchgang befaßt sich der Ausschuß lediglich mit einer von Abgeordneten Dr. Busch zum Haushaltsgesetz gestellten Frage.

Abgeordneter Walsken (SPD) steht namens seiner Fraktion zu dem seinerzeit gefaßten Beschluß. Die Frage der Rechtmäßigkeit der Kampagne des Ministers Matthiesen werde bekanntlich gerichtlich überprüft. Er gehe davon aus, daß das zuständige Gericht feststellen werde, ob es sich dabei um eine Rechtswidrigkeit gehandelt habe.

Abgeordneter Bensmann (CDU) fragt seinen Vorredner, ob er als Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses in der Tat nicht wissen wolle, was die Landesregierung an außer- und überplanmäßigen Ausgaben aus den Verstärkungsfonds finanziere. - **Abgeordneter Walsken (SPD)** bejaht dies.

Zur **Beschlußfassung** siehe **Ergebnisteil** dieses Protokolls, Seite II.

**12. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991
(Haushaltsgesetz 1991)**

Drucksachen 11/800, 11/801

- a) Einzelplan 12 - Finanzministerium
Vorlage 11/267
- b) Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung
Vorlage 11/247
- c) Haushaltsgesetz
Vorlage 11/266

Der **Vorsitzende** bemerkt vorab, man befasse sich heute im zweiten Durchgang mit dem Haushalt 1991, soweit die unmittelbare fachliche Zuständigkeit dieses Ausschusses gegeben und Personal nicht betroffen sei.

Einzelplan 12

Keine Wortmeldungen.

Einzelplan 20

StS Dr. Haacke (FM) teilt mit, die von Abgeordneten Riscop in einem Schreiben an den Finanzminister gestellten Fragen könnten schriftlich beantwortet werden. - **Abgeordneter Riscop (CDU)** ist damit einverstanden.

Haushaltsgesetz

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) kommt auf § 8 Abs. 7 zu sprechen, in dem festgelegt werde, daß die Kontrolle über Mittel des Verfassungsschutzes dem Gremium nach § 7 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen übertragen werden solle. Er halte es für unzulässig, daß der Haushalts- und Finanzausschuß seine Ausgabenkontrolle auch nur teilweise abgebe. Im Deutschen Bundestag werde nach der Regelung verfahren, daß diese Ausgaben von einem Unterausschuß des Haushaltsausschusses geprüft würden. Eine entsprechende Regelung für Nordrhein-Westfalen hielte er für sinnvoll.

Abgeordneter Schauerte (CDU) sieht keine Veranlassung, dem Gremium nach § 7 VSG NW das Vertrauen zu entziehen.

Dem schließt sich **Abgeordneter Walsken (SPD)** an.

Auch **Abgeordneter Wickel (F.D.P.)** hat keine Bedenken, es bei der bewährten Regelung zu belassen.

MD Dr. Meyer (FM) erläutert, die Vorschrift des § 8 Abs. 7 sei in den Entwurf des Haushaltsgesetzes auf eine Bitte des Landesrechnungshofs hin aufgenommen worden. Dabei habe man sich an dem Vorbild des Bundes orientiert.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) berichtet, in der Zeit, in der er beim Deutschen Bundestag tätig gewesen sei, habe ein Unterausschuß des Haushaltsausschusses die Kontrolle ausgeübt. Er werde prüfen, ob dort in diesem Jahr anders verfahren werde.

Der Abgeordnete fragt, ob das Finanzministerium die Regelung des Bundes übernehmen würde, wenn sie so aussehe, wie er es geschildert habe.

MD Dr. Meyer (FM) antwortet, darüber könnte man reden.

1. Verschiedenes

(Fortsetzung von Seite 7.)

Der **Vorsitzende** teilt mit, im Rahmen eines Gesprächs mit dem stellvertretenden Vorsitzenden und den Sprechern der Fraktionen am 23. Januar habe man sich darauf geeinigt, im Herbst dieses Jahres eine weitere auswärtige Sitzung als Haushaltsklausur in Porta Westfalica durchzuführen. Wie er den Fraktionssprechern bereits mitgeteilt habe, erscheine ihm als Termin der 26./27. September hierfür geeignet.

Einvernehmlich erklärt sich der **Ausschuß** damit einverstanden.

Weiterhin verweist der **Vorsitzende** auf die in der Vorlage 11/343 befindliche Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Personalbedarf in der Ministerialverwaltung. Im Gegensatz zu der Vorlage 11/103 "Ermittlung des Lehrerbedarfs" handele es sich nicht um eine "Angelegenheit von besonderer Bedeutung". Die